

Zeitschrift: Burgdorfer Jahrbuch
Herausgeber: Verein Burgdorfer Jahrbuch
Band: 38 (1971)

Artikel: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsprobleme des Emmentals
Autor: Prétat, Charles / Leuenberger, André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076089>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsprobleme des Emmentals*

Dr. Charles Prétat / André Leuenberger

Wenn der Volkswirtschafter einen Überblick über die Wachstumsprobleme einer Region und ihre wirtschaftlichen Ursachen geben soll, geht er meistens so vor, daß er sich zuerst einmal Klarheit über die *Zielvorstellungen* der mit der Wachstumspolitik beauftragten Instanzen verschafft. In einem zweiten Schritt soll versucht werden, eine *Lagediagnose* des regionalen Wirtschaftskörpers vorzunehmen. Endlich ist zu prüfen, welche *Maßnahmen* als geeignet erscheinen, den Wirtschaftsraum aus dem festgestellten Ist-Zustand in einen gewünschten Soll-Zustand (entsprechend den Zielen) überzuführen.

In unserem konkreten Fall stellt das Emmental gewissermaßen den zu untersuchenden und – sofern die Diagnose nicht mit dem als erwünscht erachteten Zustand übereinstimmen wird – auch den zu behandelnden Patienten dar. Wenden wir uns aber vorerst den möglichen und anzustrebenden Zielen einer wachstumsorientierten regionalen Wirtschaftspolitik zu.

I. Ziele der regionalen Wachstums- und Entwicklungspolitik

Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte und ganz besonders seit Beginn der immer noch anhaltenden Hochkonjunkturphase ist in der schweizerischen Wirtschaftspolitik ein neues Interventionsbedürfnis aufgetaucht. Immer deutlicher hat sich nämlich gezeigt, daß nicht alle Regionen unseres Landes am wirtschaftlichen Wachstum im gleichen Ausmaß teilhaben. Verschiedene Landesteile vermochten mit dem durchschnittlichen Entwicklungstempo nicht Schritt zu halten. Sie drohen in Zukunft noch weiter zurückzufallen. Das neue Interventionsbedürfnis erstreckt sich nun weniger auf die interpersonellen Wohlstandsunterschiede, die durch sozialpolitische Maßnahmen eingeebnet werden, und auch nicht auf die lange Zeit praktizierte punktuelle Branchenpolitik.

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages von Dr. Ch. Prétat im Rahmen des Kurses an der Volkshochschule Bern «Bernische Landschaften: Das Emmental II», gehalten am 2. Februar 1968.

Vielmehr tritt – letztlich einer metaökonomischen Zielsetzung folgend – zu ihnen und teils an ihre Stelle «die Forderung nach Einebnung der regionalen Wohlstandsunterschiede»¹. Als Beispiel sei nur die Feststellung der Volkswirtschaftskammer Emmental im Rahmen der Jura-Vernehmlassung angeführt, daß «andere Landesteile unter der heutigen Einseitigkeit (der Verteilung von Infrastruktur und Industrie; d. V.) ebenso leiden, insbesondere jene in Grenzlage, zu denen auch das Emmental gehört»².

Zunächst stellt sich die Frage nach dem *Wesen des wirtschaftlichen Wachstums* und nach den Möglichkeiten seiner Messung. Das wirtschaftliche Wachstum als langfristiger Prozeß, durch den eine Volkswirtschaft in den Zustand der Evolution versetzt wird, und die wirtschaftliche Lage einer Region lassen sich am besten mit Hilfe der regionalen Einkommensverhältnisse charakterisieren. Aus gesamtwirtschaftlicher wie aus regionaler Sicht wird demnach die oberste entwicklungspolitische Zielsetzung lauten: Größtmögliche langfristige Steigerung des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung. Diese Formulierung ist indessen recht unverbindlich. Sie kann nur als jene oberste Stufe einer Zielhierarchie angesehen werden, die für wirtschaftspolitische Instanzen von Bund und Kanton wie für spezifisch regionale Interessenträger Gültigkeit beanspruchen darf. Eine Aufgliederung in gewisse Unterziele ist aus Gründen der angestrebten Realisierung des Ziels notwendig. Es müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit das regionale Volkseinkommen langfristig optimal wachsen kann.

Ein erstes Unterziel kann in der optimalen Struktur und der optimalen Ausnutzung des regionalen Produktionsapparates gesehen werden. Die zweite Forderung bezieht sich auf das Verhältnis des Wachstums zwischen verschiedenen Regionen. Da alle bekannten regionalpolitischen Zielerklärungen stillschweigend vom Anliegen der Erhaltung des Wirtschafts- und Lebensraumes als Kulturlandschaft ausgehen³, ist ihnen mehr oder weniger ausdrücklich die Zielsetzung eigen, die Einkommensverhältnisse sollten sich in allen Gegenden ungefähr gleich entwickeln. Sogenannte Wohlstandsinseln sind danach zu vermeiden⁴. Die dritte Zielsetzung betrifft die sogenannte Infrastruktur; die Standortdeterminanten einer Volkswirtschaft, wie Verkehrsanlagen, Schulwesen, Gesundheitswesen und Hygiene, sollen sich im Gleichschritt mit dem Produktionsapparat im klassischen Sinn entwickeln.

Der schweizerischen Wachstumspolitik liegt heute noch kein regionalpolitisches Zielsystem zugrunde, das die volkswirtschaftlichen Elemente für ein umfassendes wirtschaftliches, gesellschaftliches und staatspolitisches Leitbild der regionalen Besiedelung abgewogen einschließt⁵. Auch die kantonalen Ziel-

vorstellungen über die Regionalpolitik haben den politischen Willensbildungsprozeß noch nicht durchlaufen⁶. Um so schwerer wiegt der Mangel für die Umschreibung wirtschaftspolitischer Ziele, die im innerkantonalen Raum verfolgt werden sollen. Sie müssen sich notwendigerweise an jenen der übergeordneten Volkswirtschaft orientieren. Immerhin dürften die eben umschriebenen drei Forderungen auch für das Emmental unter den möglichen Zielen einen wichtigen Platz einnehmen.

Nach dieser summarischen Auseinandersetzung mit den regionalpolitischen Zielen stellt sich nun *die Frage nach der wachstumspolitischen Lage des Emmentals*. In diesem Zusammenhang tauchen vor allem zwei Fragen auf: Wie verhält sich die Einkommenslage des Emmentals im Vergleich mit kantonalen Richtwerten, und wie haben sich die Einkommensverhältnisse im Emmental und in seinen Teilgebieten entwickelt? Ihre Beantwortung wird darüber Aufschluß geben, ob das wirtschaftliche Wachstum und die Einkommenslage in den betreffenden Teilgebieten den eingangs erwähnten Vorstellungen vom optimalen Wachstum gerecht werden. Sollte dies nicht der Fall sein, dann müßte man bei den drei genannten Unterzielen ansetzen und nach den Ursachen einer bestimmten Einkommenssituation suchen. Die Fragen werden dann etwa lauten:

- Liegen im Emmental günstige Verhältnisse hinsichtlich der Produktionsstruktur vor, und sind die Produktionsmittel auch bestmöglich ausgenutzt?
- Erfolgt das wirtschaftliche Wachstum in den einzelnen Gegenden des Emmentals gleichmäßig, oder bestehen Unterschiede?
- Vermochte der Ausbau der Infrastruktur des Emmentals mit den Erfordernissen optimalen Wachstums Schritt zu halten?

II. Die Einkommenslage des Emmentals

1. Zur Regionsabgrenzung

Bevor wir auf die Einkommensverhältnisse im Emmental eintreten können, sind einige Bemerkungen zur Abgrenzung dieses Wirtschaftsraumes nötig. Die Ausführungen und Zahlenangaben beziehen sich auf die vier Amtsbezirke Burgdorf, Konolfingen, Signau und Trachselwald. Das Territorium ihrer insgesamt 71 Gemeinden erstreckt sich von der Agglomeration Bern bis an die luzernische Kantongrenze und vom eigentlichen Mittelland bis ins Voralpengebiet hinein. Es sind erhebungstechnische Gründe, die zu dieser Abgrenzung der Region Emmental Anlaß geben⁷. Eine abweichende Regionsbildung stößt

auf Hindernisse, die sich heute noch vor allem in der mangelhaften Vergleichbarkeit der Zahlen bemerkbar machen⁸. Die gewählte Gebietsabgrenzung ist keineswegs ideal und trägt den Bedürfnissen der Regionalplanung nicht genügend Rechnung. Anderseits entspricht sie jenem Gebiet von 922 km² Fläche mit insgesamt 138 000 Einwohnern, auf das die Bestrebungen der Volkswirtschaftskammer Emmental ausgerichtet sind⁹.

2. Die Einkommenslage im Spiegel des Volkseinkommens

Bei der Formulierung der wachstumspolitischen Ziele war bereits vom Volksinkommen der Region die Rede. Tatsächlich stellt diese Maßzahl die am besten geeignete Größe zur Darstellung des wirtschaftlichen Wachstums und – je Einwohner ausgedrückt – des durchschnittlichen Wohlstandes dar¹⁰. Leider werden in der Schweiz solche Werte für einzelne Landesgegenden oder auch nur Kantone noch nicht von amtlicher Seite berechnet. Immerhin stehen heute kantonsweise und neuerdings auch für kleinere Gebietseinheiten erste Volkseinkommenszahlen zur Verfügung, denen ein Informationsgrad von beträchtlicher Zuverlässigkeit zugesprochen werden darf. Obwohl ihnen nicht offizieller Charakter zukommt, sind sie für die Darstellung der Einkommenslage in den emmentalischen Amtsbezirken der geeignete Indikator.

Tabelle 1

*Volkseinkommen pro Kopf
in den emmentalischen Amtsbezirken 1965*

	bern. Mittel	Burgdorf	Konolfingen	Trachselwald	Signau
absolut (Fr.)	8095.—	6951.—	5787.—	4806.—	3828.—
Differenz zum bernischen Mittel					
Index	100	— 14	— 29	— 43	— 53

Die *Tabelle 1* enthält die je Einwohner ausgedrückten Volkseinkommen für die vier Bezirke im Vergleich mit dem bernischen Durchschnitt. Dabei interessieren weniger die absoluten Pro-Kopf-Einkommen, denn die bezirksweisen Zahlen werden aus den nach der sog. Komponentenmethode berechneten Kantonsergebnissen mit Hilfe der Steuerkraft der Gemeinden aufgeschlüsselt. Dieses Abstellen auf Steuerdaten führt nun dazu, daß die typischen Landwirtschaftsbezirke tendenziell etwas zu tiefe Einkommenszahlen ausweisen. Aber selbst wenn man diesen Vorbehalt gebührend in Rechnung stellt, lassen sich aus der Tabelle zwei wichtige Schlüsse ziehen:

- Sämtliche vier Amtsbezirke liegen mit ihrem pro Kopf der Wohnbevölkerung von 1965 ausgedrückten Volkseinkommen deutlich unter dem kantonalen Mittelwert von Fr. 8095.—.
- Das «statistische» Emmental muß im Licht der unterschiedlichen Indexabweichungen der bezirksweisen Einkommen als relativ inhomogen angeprochen werden. Der Schwankungsbereich der durchschnittlichen Volksinkommen ist beträchtlich: Unter allen bernischen Amtsbezirken liegt Burgdorf mit einem Indexstand von 86 Punkten an 11. Stelle. Signau dagegen folgt erst im 29. Rang.

Die Diagnose der Einkommenslage bestätigt also die Vermutung, daß das Emmental am kantonalen «Wohlstandskuchen» in wesentlich geringerem Umfang teilhat als eine hypothetische Durchschnittsregion. Seine Wirtschaftslage ist durch Einkommensverhältnisse gekennzeichnet, die um rund 30 % unter dem kantonalen Mittel liegen. Immerhin stellt sich noch die Frage, wie sich diese Situation im Zeitablauf entwickelt hat.

Die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Volkseinkommens im Zeitraum 1950 bis 1965 zeigen, daß drei von vier Amtsbezirken, nämlich Burgdorf, Konolfingen und – wenn auch schwach – Trachselwald eine überdurchschnittliche Expansion zu verzeichnen hatten. Die Wachstumsrate für Signau liegt unter dem kantonalen Vergleichswert. Das im ganzen gesehen günstige Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Durchschnittseinkommen aller vier Amtsbezirke noch immer sehr deutlich unter dem bernischen Mittelwert liegen.

Im Hinblick auf Maßnahmen zugunsten einer dauerhaften Stärkung des regionalen Wirtschaftskörpers sollte man auch über die Ursachen der Einkommensschwäche mehr wissen. Die besondere regionale Einkommenslage ist ja nichts anderes als das Spiegelbild, der Ausdruck einer ebenso besonders gearteten Wirtschaftsstruktur.

III. Die Wirtschaftsstruktur

Zur vollständigen Erklärung regionaler Entwicklungstendenzen müßte an sich eine unübersehbare Anzahl wirtschaftlicher, soziologischer und demografischer Einflußfaktoren herangezogen werden. Die entscheidenden Ursachen lassen sich aber auf einige wenige Faktoren zurückführen. Die weitaus überwiegenden Einflüsse auf die Einkommenslage gehen von einigen «Kernvariablen»¹¹ aus, nämlich von der *Produktionsstruktur* und der *Bevölkerungsstruktur*, die ihrerseits von gesamtwirtschaftlichen Triebkräften geprägt sind,

sowie von regionalen Standortbesonderheiten¹², unter denen der *Infrastruktur* besonderes Gewicht zukommt.

1. Die Produktionsstruktur

Die Strukturforschung pflegt den Produktionsbereich in drei Sektoren einzuteilen. Nach dem zur vereinfachten Darstellung gewisser Zusammenhänge dienenden Dreisektorenmodell entfallen von der gesamten Aktivbevölkerung

- auf den primären Sektor die Beschäftigten der Urproduktion, insbesondere also der Landwirtschaft,
- auf den sekundären Sektor alle in Industrie, Handwerk und Gewerbe Beschäftigten und
- auf den tertiären Sektor alle in den Dienstleistungszweigen arbeitenden Personen.

Für die vier untersuchten Bezirke ergibt sich nach dieser Gliederung das in *Tabelle 2* festgehaltene Zahlenbild.

Tabelle 2 Verteilung der aktiven Bevölkerung des Emmentals auf die drei Sektoren 1960 (Prozentzahlen)

	bern. Mittel	Differenz zum bernischen Mittel			
		Burgdorf	Konolfingen	Trachselwald	Signau
Sektor I	14,4	+ 3,9	+ 11,4	+ 19,5	+ 26,4
Sektor II	49,1	+ 1,2	- 3,9	- 5,3	- 14,1
Sektor III	36,5	- 5,1	- 7,5	- 14,2	- 12,3
Total	100,0	—	—	—	—

Der Vergleich mit der mittleren bernischen Sektoralstruktur zeigt, daß alle emmentalischen Bezirke einen höheren Primärsektor als der Kanton Bern aufweisen. Verwendet man den Prozentanteil des primären Sektors wie üblich als Maßstab für den wirtschaftlichen Entwicklungsgrad, so muß das Emmental als relativ schwach entwickelt gelten. Genauere Untersuchungen ergeben aber ein differenzierteres Bild:

- Im Emmental haben sich zwei Gebiete wirtschaftlich relativ gut entwickelt: das untere Emmental und das rechtsufrige Aaretal. Beide weisen wirtschaftlich starke Zentren auf und haben gut entwickelte Einzugsgebiete.
- Vereinzelte Gemeinden erreichen einen mittelmäßigen Entwicklungsstand. Sie liegen alle an größeren Verkehrsachsen (Bahnlinien) und dementsprechend meistens in tieferen Regionen, wie Langnau, Huttwil und Sumiswald.

- Die übrigen Gemeinden kennzeichnet ein schwacher Entwicklungsstand. Sie liegen vor allem im Bezirk Signau und ganz allgemein in den höhergelegenen Regionen.

Vergleichen wir dieses Ergebnis mit den Durchschnittszahlen der einzelnen Ämter (Tabelle 2), so wird der «Vorsprung» von Burgdorf und Konolfingen gut erklärbar. Der eigentlich emmentalische Teil des Bezirkes Konolfingen, also ohne das Aaretal, wie auch der Bezirk Burgdorf ohne sein Zentrum sind den andern Gebieten des Emmentals Entwicklungsmäßig nicht viel voraus. Die spezifische Sektoralstruktur unserer vier Amtsbezirke erklärt nun zu einem guten Teil die besondere Einkommenslage dieser Regionen.

Tab. 3 *Volkseinkommen pro Kopf und Anteil am II. und III. Sektor im Emmental 1965*

	Differenz zum bernischen Mittel (=100) in %			
	Signau	Trachselwald	Konolfingen	Burgdorf
Volkseinkommen pro Kopf	— 53,0	— 43,0	— 29,0	— 14,0
Anteil II. und III. Sektor	— 33,0	— 26,5	— 13,8	— 4,6

In der *Tabelle 3* sind für die einzelnen Amtsbezirke die Abweichungen des Pro-Kopf-Volkseinkommens von 1965 vom bernischen Mittel mit der Größe der nicht-landwirtschaftlichen Sektoren in Verbindung gebracht. Es zeigt sich, dies kann man ohne Umschweife festhalten, daß die Einkommenslage um so schlechter ist, je größer der Anteil des primären Sektors ausfällt.

Nun liegt es selbstverständlich nahe, das Wachstumstempo einer Region mit der Veränderung der Sektoralstruktur zu erklären. Tatsächlich zeigt sich, daß die Einkommen pro Kopf der Wohnbevölkerung um so rascher ansteigen, je stärker sich der primäre Sektor zurückbildet. Der enge Zusammenhang zwischen Einkommenslage und dem Anteil des primären Sektors beruht auf der unterschiedlichen Produktivität und mithin auf unterschiedlichen Wertschöpfungsbeiträgen der einzelnen Wirtschaftssektoren. Es läßt sich schlüssig nachweisen, daß die Wertschöpfung und damit die Einkommen der Produktionsfaktoren im landwirtschaftlichen Bereich am geringsten sind.

Indessen zeigen sich auch zwischen den einzelnen Branchen und Produktionsrichtungen *innerhalb* der drei Sektoren Unterschiede in der Produktivität und damit im volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsbeitrag. Eine verfeinerte sektorenweise Strukturanalyse kann das belegen.

A. Urproduktion

Wenden wir uns der Landwirtschaft zu. Da mit der Strukturanalyse ja die Einkommenslage in den emmentalischen Amtsbezirken erklärt werden soll, stellt sich zunächst die Frage, welche Kriterien für die Ertragslage der bäuerlichen Betriebe maßgebend sind. Solche Kriterien sind etwa *die natürlichen Voraussetzungen*, insbesondere die örtliche Lage, *die Produktionsrichtungen*, *die Betriebsgröße*, *der Stand der Rationalisierung*, d. h. Mechanisierungsgrad, Parzellierungsverhältnisse und Arrondierungsgrad. Von den natürlichen Voraussetzungen her ist das Emmental für die Landwirtschaft recht unterschiedlich geeignet. Wohl ist die Bodenbeschaffenheit als günstig zu bezeichnen. Die besten Ackererden finden sich aber meist in Hanglagen. Gerade für den Ackerbau ist die Bodengestaltung denkbar ungünstig: Die unzähligen langgedehnten und verästelten Gräben, die Kämme und oft steil abfallenden Hänge gehören nicht zu den für die Landwirtschaft günstigen Zonen. Dazu kommt die besondere örtliche Lage. Im Mittel aller buchführenden Betriebe zeigt sich deutlich, daß Talbetriebe ertragreicher sind als Bergbetriebe. Obwohl den entsprechenden Brugger Buchhaltungszahlen sicher einige Fehler anhaften, hilft der Anteil der Bergbetriebe doch mit, Unterschiede in der Einkommenslage zu erklären.

Tabelle 4 *Tal- und Bergbetriebe im Emmental 1965,
verglichen mit dem bernischen Mittel (Prozentzahlen)*

Betriebe ...	bern. Mittel	Differenz zum bernischen Mittel			
		Burgdorf	Konolfingen	Trachselwald	Signau
im Talgebiet	55,3	+ 27,4	+ 3,7	- 2,5	- 29,8
teilweise im Berggebiet	0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,1
im Berggebiet	44,4	- 27,1	- 3,8	+ 2,0	+ 29,9

Wie aus *Tabelle 4* hervorgeht, weist das Amt Burgdorf am meisten Talbetriebe auf. Trachselwald und in sehr ausgeprägtem Maße Signau haben ein Übergewicht der Bergbetriebe zu verzeichnen. Einkommensmäßig liegen Burgdorf und Konolfingen mit einem überwiegenden Teil an Talbetrieben auf den Plätzen eins und zwei, während die Ämter Trachselwald und Signau als einkommensschwach eingestuft werden müssen.

Zum zweiten Kriterium, der Produktionsrichtung, zeigen die Ergebnisse der Betriebszählung, daß der größte Teil der Betriebsfläche dem Futterbau, mit hin der Milchproduktion und der Tierzucht dient. Natürlich variiert der Futterbauanteil je nach Höhenlage: Er ist kleiner bei den Tal- und größer bei

den Bergbetrieben. Der Anteil des offenen Ackerlandes am gesamten Kulturland im engeren Sinn liegt mit 29 % dennoch über dem bernischen Mittel. Erwartungsgemäß überwiegt hier der Anbau von Kartoffeln, der die verhältnismäßig günstigsten Bedingungen vorfindet. Es hält recht schwer, von der Produktionsrichtung auf die Einkommenslage zu schließen. Immerhin kann als gesichert gelten, daß sowohl die Milchwirtschaft als auch die Viehaufzucht recht einträgliche und vor allem sehr stark subventionierte landwirtschaftliche Produktionsbereiche darstellen.

Ein wichtiger Einfluß auf die Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe geht von der Betriebsgrößenstruktur aus.

Tabelle 5 *Landw. Betriebsgrößenverhältnisse im Emmental 1965, verglichen mit dem bernischen Mittel (Promillezahlen)*

Betriebe mit Betriebsfläche ...	bern. Mittel	Differenz zum bernischen Mittel			
		Burgdorf	Konolfingen	Signau	Trachselwald
0—5 ha	396	— 46	— 24	— 71	— 36
5,01—10 ha	271	— 85	+ 15	+ 9	+ 41
10,01 und mehr ha	333	+ 131	+ 9	+ 62	— 5

Tabelle 5 zeigt für das Emmental ein recht erfreuliches Bild: Die Zahl der Kleinbetriebe liegt in allen vier Bezirken unter dem kantonalen Mittel und der Anteil der Großbetriebe (über 10 ha) in den Bezirken Burgdorf und Signau gar deutlich über dem bernischen Durchschnitt¹³. Bekanntlich verfolgt die schweizerische Agrarpolitik das Ziel, wenn immer möglich Produktionseinheiten von über 10 ha zu bilden. Diese 10 ha scheinen für schweizerische Verhältnisse vorderhand noch so etwas wie ein Betriebsgrößenoptimum, mithin also den Punkt des Kostenminimums darzustellen¹⁴.

Auf Grund der Ergebnisse der Eidg. Betriebszählung 1965 können auch die Veränderung sowohl der Zahl als auch der Größenverhältnisse der Landwirtschaftsbetriebe untersucht werden. Während im kantonalbernischen Mittel die Zahl der Betriebe zwischen 1955 und 1965 um 17,5 % abnahm, war der Rückgang in sämtlichen emmentalischen Bezirken geringer. Er betrug 12,7 % im Amtsbezirk Burgdorf, 9,3 % im Amtsbezirk Konolfingen, 7,5 % im Amtsbezirk Trachselwald und 4,5 % im Amtsbezirk Signau.

Die erstaunlich geringe Zahl der aufgegebenen oder aufgestockten Betriebe zeugt von einer ausgeprägten Verbundenheit der Emmentaler Bauern mit der Scholle. Der an der Anzahl ständiger männlicher Arbeitskräfte gemessene Schrumpfungsprozeß in der Landwirtschaft ging im Emmental langsamer

vonstatten als im kantonalen Durchschnitt: 1965 waren in den vier emmentalischen Ämtern 22 % weniger männliche Arbeitskräfte ständig beschäftigt als zehn Jahre früher. Im gesamten Kanton sank ihre Zahl im gleichen Zeitraum um rund 30 %. Auch die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich, verglichen mit dem Kantonsmittel, weniger stark verändert. Das ist indessen auch auf die verhältnismäßig günstige Ausgangslage zurückzuführen. Gesamthaft gesehen kann man von den Betriebsgrößenverhältnissen einen positiven Einfluß auf die Einkommenslage der vier Emmentaler Ämter erwarten.

Als letzter Einflußfaktor auf die Ertragslage der Landwirtschaft ist der Grad der Betriebsrationalisierung zu nennen. Die Kennziffern über Mechanisierungsgrad und Parzellierungsverhältnisse geben darüber wichtige, wenn auch nicht ganz vollständige Anhaltspunkte.

Der Mechanisierungsgrad ist in der emmentalischen Landwirtschaft erfreulich hoch. Verglichen mit dem kantonalen Mittel werden in überdurchschnittlichem Maße landwirtschaftliche Maschinen und Hilfsgeräte verwendet. So waren im Betriebszählungsjahr 1965 die Zahl der landwirtschaftlichen Vierrad-Motorfahrzeuge eineinhalbmal und der Bestand an Einachstraktoren um 70 % höher als 1955. Durchschnittlich jeder zweite Betrieb verfügt über einen Traktor oder Jeep. Allerdings sind die Einsatzmöglichkeiten landwirtschaftlicher Maschinen in hohem Maß durch die topographischen Verhältnisse bestimmt. Hinsichtlich des Mechanisierungsgrades liegt denn auch das Amt Burgdorf unter den vier Bezirken an erster Stelle, gefolgt von Konolfingen und Signau. Interessanterweise sind nun in den beiden schwächer mechanisierten Bezirken Signau und Trachselwald die Parzellierungsverhältnisse wesentlich besser, so daß gesamthaft gesehen der Stand der Rationalisierung ungefähr ausgeglichen sein dürfte¹⁵.

Tabelle 6 *Landwirtschaftliche Parzellierungsverhältnisse
im Emmental 1965*

	bern. Mittel	Burgdorf	Konolfingen	Signau	Trachselwald
Index der mittleren Parzellengröße	1,36 ha = 100	192	160	342	238
Anzahl Parzellen pro Betrieb	6	3	3	2	2

Tabelle 6 weist die für das Emmental gegenüber dem Gesamtkanton günstigen Parzellierungsverhältnisse aus. Die durchschnittliche Parzellengröße liegt im Mittel doppelt so hoch wie der kantonale Vergleichswert. Äußerst

wichtig für die rationelle Bewirtschaftung des Betriebes ist auch die Anzahl Parzellen pro Betrieb. In dieser Beziehung steht das Emmental an der Spitze des Gesamtkantons, entfallen doch im Durchschnitt 2–3 Parzellen auf einen Betrieb. Das ist zweifellos eine günstige Auswirkung des alten emmentalischen Erbrechts¹⁶.

Wenn sich der primäre Sektor im Emmental im Lichte der Statistik auch durch vergleichsweise günstige Produktionsverhältnisse charakterisiert, kann dieser Befund doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Einkommenslage gesamthaft weit weniger durch die Produktionsbedingungen im primären Sektor bestimmt wird als durch dessen Ausmaß, durch seine relative Stärke.

B. Industrie, Handwerk und Gewerbe

Eine Skizze der industriellen und gewerblichen Branchen, also des sekundären Sektors, gestaltet sich recht einfach. Wir brauchen bloß zu untersuchen, wie sich die einzelnen Wirtschaftszweige auf die vier emmentalischen Amtsbezirke verteilen, verglichen wiederum mit dem bernischen Mittel. Kennt man von den einzelnen Branchen noch einen Index der monatlichen Durchschnittsverdienste und der mittleren Rentabilität der Aktiengesellschaften, so kann man – in Ermangelung von Angaben über die Branchenwertschöpfungen – mit Hilfe dieser Zahlen den Einfluß einzelner Wirtschaftszweige auf die Einkommenslage unserer Region abklären. Die zehn wichtigsten Branchen der schweizerischen Volkswirtschaft lassen sich nach ihrer Lohn- und Rentabilitätsstärke in drei Gruppen gliedern¹⁷:

- Die chemische Industrie, das graphische Gewerbe, die Metall- und Maschinenindustrie und das Baugewerbe gelten als starke Wirtschaftszweige.
- Als mittelstark sind zu bezeichnen: die Industrie der Steine und Erden, die Papierindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.
- Schließlich bilden die Uhrenindustrie, die holzverarbeitende Industrie und die Textil- und Bekleidungsindustrie die lohn- und rentabilitätsschwache Branchengruppe.

Untersucht man nun die Anteile dieser Wirtschaftszweige an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten, so ergeben sich für die einzelnen Bezirke die folgenden Hauptresultate:

- Einzig im Amt Burgdorf sind die starken Branchen, insbesondere die Metall- und Maschinenindustrie, stärker vertreten als im bernischen Mittel. In den übrigen Teilregionen, namentlich aber in den Ämtern Signau und Trachselwald, zeigen sich krasse Untervertretungen.

- Die lohn- und rentabilitätsschwachen Branchen sind – mit Ausnahme des Amtes Trachselwald – im Emmental deutlich untervertreten. Einzig die holzverarbeitende Industrie macht eine Ausnahme: Waren im bernischen Mittel im Jahr 1965 nur rund 6 % aller Beschäftigten des sekundären Sektors in dieser Branche tätig, so betragen die entsprechenden Anteile 10 % für Burgdorf, 11 % für Konolfingen, 14 % für Signau und 15 % für Trachselwald.
- Für die Einkommenslage resultiert aus diesen beiden ersten Feststellungen ein Unentschieden: Der Vorteil bei den schwachen Wirtschaftsgruppen hebt sich durch die nachteilige Untervertretung der starken gerade auf. Die Gruppe der mittelstarken Branchen muß deshalb in allen emmentalischen Ämtern eine Übervertretung aufweisen. Das trifft tatsächlich zu, und zwar in besonders ausgeprägtem Maße für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Bei einem bernischen Durchschnitt von rund 10 % entfielen auf diesen Zweig in den Bezirken

Burgdorf	12 %
Konolfingen	23 %
Signau	24 %
Trachselwald	16 %

Diesen Prozentanteilen liegen im Gegensatz zu den kantonalen Vergleichswerten außerordentlich kleine Arbeitskräftezahlen zugrunde. Schon einzelne mittlere Unternehmungen können deshalb zu einem überdurchschnittlichen bezirksweisen Branchenanteil führen. Aus den positiven Abweichungen lässt sich leicht herauslesen, daß dies etwa für das Amt Signau mit einer einzelnen Biscuitfabrik, für Trachselwald mit je einer Großmetzgerei, einer Mosterei, einer Tabakfabrik und einer Hafermühle der Fall ist.

Diese Besonderheiten in der Branchenstruktur liefern zur ursächlichen Erklärung der Einkommenslage einige wichtige Anhaltspunkte¹⁸:

1. Der hohe Anteil des sekundären Sektors im Amtsbezirk Burgdorf – an und für sich schon dominante Ursache einer relativ guten Einkommenslage – wird noch verstärkt durch das Übergewicht der lohn- und ertragsstarken Branchen.
2. In den übrigen drei Ämtern lässt die Branchenstruktur keine direkten Rückschlüsse auf die Einkommenslage zu. Die ortsansässige Industrie verarbeitet weitgehend Rohstoffe aus der Region: Milch, Fleisch und Holz. Ihre Lohn- und Ertragsstärke entspricht knapp dem Durchschnitt aller Branchen.

3. Die Betriebsgrößenstruktur endlich muß auf Grund der statistischen Unterlagen als ausgesprochen kleinbetrieblich bezeichnet werden, obwohl auch einige Mittelbetriebe anzutreffen sind. Gehören im bernischen Mittel 70 % aller Betriebe zu den «Kleinen» mit weniger als fünf Beschäftigten, so sind es im Amt Burgdorf 71 %, in Konolfingen, Trachselwald und Signau dagegen 76, 78 und 81 %.

C. Dienstleistungszweige

Der Dienstleistungssektor umfaßt eine Anzahl sehr verschiedenartiger Erwerbszweige. Auf sie verlagert sich die Nachfrage je länger desto mehr; wegen der verhältnismäßig geringen Möglichkeiten zur Rationalisierung fließen ihnen noch zunehmend Arbeitskräfte zu.

Eine Aufteilung der Aktivbevölkerung auf die verschiedenen Dienstleistungsbereiche hat mehr informativen Gehalt. Es ist nämlich kaum möglich, von den Dienstleistungsbranchen auf die Einkommenslage einer Region zu schließen. Außerdem ist der ganze tertiäre Sektor – abgesehen natürlich vom Fremdenverkehr – nicht in dem Sinne entwicklungsfähig, wie dies für die Industrie und das Gewerbe zutrifft. Vielmehr entsprechen die Dienstleistungszweige bestimmten Bedürfnissen, die sich aus dem wirtschaftlichen Wachstum ergeben. Dienstleistungsbetriebe von Groß- und Kleinhandel, Banken und Versicherungen werden erst durch die wirtschaftliche Entwicklung induziert. Sie lassen sich vor allem im Zuge der Industrialisierung und da nieder, wo die Ausübung sog. zentralörtlicher Funktionen möglich wird. Die *Tabelle 7* soll infolgedessen lediglich die Gewichte der einzelnen Dienstleistungsbranchen in den vier Amtsbezirken wiedergeben.

Tabelle 7
*Verteilung der aktiven Bevölkerung
auf den Dienstleistungssektor 1965 (Promillezahlen)*

	ber. Mittel	Differenz zum bernischen Mittel			
		Burgdorf	Konolfingen	Signau	Trachselwald
Großhandel	110	+ 119	- 21	+ 74	- 14
Detailhandel	248	- 12	- 19	+ 50	+ 33
Verkehr	124	+ 27	+ 19	-	+ 31
Gastgewerbe	177	- 73	- 26	- 22	+ 3
Banken, Versicherungen	49	- 18	- 27	- 17	- 4
Übrige (Unterricht, Verwaltung, Hygiene usw.)	292	- 43	+ 74	- 85	- 49
Total	1000	-	-	-	-

Prozentuale Abweichungen vom Kantonsmittel geben wiederum einige Aufschlüsse über die Besonderheiten der emmentalischen Wirtschaft:

- Die Bereiche «Banken» und «Versicherungen» sind durchwegs deutlich untervertreten. Das kann angesichts des hohen Anteils der Landwirtschaft und der weitgehend kleingewerblichen Produktionsstruktur nicht mehr überraschen.
- Positive Abweichungen vom Kantsndurchschnitt im Sektor «Verkehr» unterstreichen die Bedeutung der Privatbahnen als Arbeitgeber vor allem für die Ämter Konolfingen, Signau und natürlich Burgdorf.
- Für den Großhandel zeichnen sich in den Bezirken Burgdorf und Signau die durch Käse- bzw. Kolonialwarenhandel gebildeten Schwerpunkte ab.
- Die ausgesprochen kleingewerbliche Struktur der Ämter Signau und Trachselwald findet ihren Niederschlag im überdurchschnittlichen Anteil der im Detailhandel Beschäftigten.
- Das Fremdenverkehrsgewerbe, umfassend Gastgewerbe-, Hotel- und teilweise auch Verkehrsbetriebe, stellt im Emmental einen Sonderfall dar. Das Gastgewerbe ist erstaunlicherweise im ganzen gesehen deutlich untervertreten. Wohl entfielen im Jahre 1967 10 % aller Gastgewerbebetriebe des Kantons auf das Gebiet des Verkehrsverbandes Emmental (VVE). In der gleichen Periode war der Marktanteil der im Einzugsgebiet des VVE angebotenen Gastbetten aber nur halb so hoch. Die erzielten Logiernächte endlich – als Gradmesser der Nachfrage – beliefen sich gar nur auf 3,4 % des kantonalen Totals¹⁹. Diese Relationen weisen wohl auf ein beachtliches Beherbergungspotential, aber auch auf ungenutzte Kapazitäten hin.

Im Hinblick auf die Einkommenslage lassen sich die Ergebnisse der sektorenweisen Strukturanalyse in drei Thesen zusammenfassen:

1. Die relativ schlechte Einkommenslage der drei Ämter Konolfingen, Signau und Trachselwald ist weitgehend eine Folge des großen Agrarsektors. Die Möglichkeiten ihrer Verbesserung hängen also stark mit der zukünftigen Veränderung des landwirtschaftlichen Sektors zusammen.
2. Die Branchenstruktur vermag nur noch in unbedeutendem Ausmaß auf die Einkommenslage einzuwirken. Sollte man an eine Industrialisierungspolitik denken, spielt es demzufolge vorderhand keine entscheidende Rolle, welche Industriezweige man heranzuziehen versucht.
3. Die Dienstleistungszweige des Emmentals stellen ein getreues Spiegelbild der industriell-gewerblichen Basis dar: Schwächen in der Zusammensetzung der an überregionalen Märkten orientierten Branchen führen vor allem dazu, daß die typischen Folgeunternehmungen hoher Einkommensniveaus

und der Bevölkerungsballung, nämlich Bildungs- und Vergnügungsstätten und übrige Dienstleistungsbetriebe, beschäftigungsmäßig nicht ins Gewicht fallen. Das relative Zurückbleiben des Fremdenverkehrs dagegen vermag – als Ausnahme für den Dienstleistungsbereich – die Einkommensschwäche der Region zumindest am Rande mitzuerklären.

Die sektorenweise Lageanalyse wurde anhand der Beschäftigtenzahlen vorgenommen. Tatsächlich stellt das Arbeitskräftepotential den wichtigsten Produktionsfaktor dar. Es ist von der Höhe der Aktivbevölkerung und damit von den demographischen Verhältnissen im weitesten Sinn abhängig.

2. Die Bevölkerungsverhältnisse

Für die regionalen Einkommensverhältnisse und für die Aufgaben der Infrastruktur sind drei Aspekte von überragender Bedeutung:

- das Bevölkerungswachstum,
- der Altersaufbau der Wohnbevölkerung und
- der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung.

Zwischen 1950 und 1960 verlief die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Amtsbezirken sehr unterschiedlich. Während Burgdorf und Konolfingen positive Wachstumsraten von 9 und 5 % aufwiesen, nahm die Bevölkerung der Ämter Signau und Trachselwald um 3 % ab. Im Zeitraum 1960–1968 wiesen zwar sämtliche Bezirke eine positive Wachstumsrate auf. Sie fiel für Signau und Trachselwald mit nur 1 % beziehungsweise 2 % indessen denkbar gering aus.

Je kleiner ein Gebiet, um so wichtiger wird der Einfluß der Wanderungen auf die Bevölkerungsveränderung. Die Motive der Ortsveränderung sind zunächst im Einkommensgefälle zu suchen²⁰. Aufschlußreicher als die reinen Veränderungsraten der Wohnbevölkerung sind deshalb die Ergebnisse der Wanderungsbilanz. Die Zu- und Abwanderungsüberschüsse, die in den einzelnen Ämtern zwischen 1950 und 1960 zu verzeichnen waren, lassen sich jeweils als Differenz zwischen der um den Geburtenüberschuß vermehrten Wohnbevölkerung von 1950 und dem Bevölkerungsstand Ende 1960 errechnen. Zwischen 1950 und 1960 hatten alle vier Amtsbezirke Abwanderungsüberschüsse zu erleiden. Positive Wachstumsraten der Gesamtbevölkerung in den Ämtern Burgdorf und Konolfingen waren nur einem massiven Geburtenüberschuß zu verdanken. Für Signau und Trachselwald übertraf die Auswanderungsquote sogar den Geburtenüberschuß, so daß per Saldo eine negative Veränderungsrate resultierte. Von den 71 Gemeinden wiesen lediglich 9 einen

positiven Wanderungssaldo auf; zwei davon liegen im Aaretal und gehören somit nicht zum eigentlichen Emmental. Worb, das schon in jener Periode Zuwanderungsort war, liegt bereits im Einzugsgebiet der Stadt Bern, und vier Gemeinden gehören der Region Burgdorf an. Ein knappes Jahrzehnt später liegen die Vorzeichen teils schon wesentlich anders.

Tabelle 8 *Zusammensetzung der Bevölkerungsveränderung
im Emmental 1960—1968*

	Bevölkerungsveränderung	Geburtenüberschuß	Wanderungssaldo
Burgdorf	+ 4358	+ 2800	+ 1558
Konolfingen	+ 6067	+ 2996	+ 3071
Signau	+ 325	+ 1603	- 1278
Trachselwald	+ 565	+ 1537	- 972

Burgdorf und Konolfingen, die Ämter also, deren Bevölkerung seit 1960 je um mehr als 10 % gewachsen ist, heben sich deutlich von den beiden andern Bezirken ab. Signau und Trachselwald vermochten den absoluten Bevölkerungsschwund der Jahre 1950 bis 1960 wohl in eine bescheidene Zunahme umzuwandeln. Sie stehen aber auch in der laufenden Dekade am Schluß der kantonalen Bevölkerungsentwicklung. Auffallend ist nun, daß sowohl Burgdorf wie Konolfingen in den fünfziger Jahren negative Wanderungssaldi verzeichneten, seit 1960 aber auch durch Nettozuwanderungen wachsen. Einzig im Amt Konolfingen übertrifft der positive Wanderungssaldo (vor allem dank dem Zuwanderungsstrom in die Aaretalgemeinden) gar den Geburtenüberschuß. Das sehr bescheidene Bevölkerungswachstum der Bezirke Signau und Trachselwald ist, wie die negativen Wanderungssaldi zeigen, ganz dem Geburtenüberschuß zuzuschreiben. Die regionale Verteilung der Wanderungen richtet sich offensichtlich nach der räumlichen Verteilung des Wirtschaftspotentials²¹. Auch wenn es sich bloß um Saldi handelt, zeigen die Wanderungszahlen diesen Sachverhalt deutlich auf²². Große Teile des Amtes Konolfingen liegen im Einzugsbereich der Agglomeration Bern. Das gilt zum Teil auch für das Amt Burgdorf, dessen Agglomerationskern allerdings nach den Ergebnissen der Branchenstrukturanalyse als bescheidenes Wachstumszentrum gelten darf. Abseits der wirtschaftlichen Wachstumskräfte liegen dagegen die Ämter Trachselwald und Signau. Ihre ungünstige Bevölkerungsentwicklung ist eine klare Folge der relativ schlechten Einkommensverhältnisse und mithin der unbefriedigenden Arbeitsgelegenheiten. Die Entwicklung ihrerseits ist nun nicht ohne Rückwirkungen auf den Altersaufbau der Bevölkerung.

Tabelle 9 *Altersaufbau der Bevölkerung im Emmental 1960,
verglichen mit dem kantonalen Mittel (Promillezahlen)*

Altersklassen	bern. Mittel in %	Differenz zum bernischen Mittel			
		Burgdorf	Konolfingen	Signau	Trachselwald
0—14	246	+ 16	+ 24	+ 35	+ 50
15—19	78	+ 2	+ 5	+ 1	- 1
20—39	274	- 1	- 24	- 42	- 45
40—64	298	- 9	- 6	- 3	- 8
65 und älter	104	- 8	+ 1	+ 9	+ 4
Total	1000	-	-	-	-

Die Abweichungen von der gesamtkantonalen Bevölkerungspyramide sind als Promilledifferenzen in *Tabelle 9* festgehalten. Negative Vorzeichen zeigen, daß in den vier Amtsbezirken, besonders aber in Signau und Trachselwald, die Bevölkerungsklassen im erwerbsfähigen Alter, also die Klassen 20—39 und 40—64, gegenüber dem kantonalen Mittel teilweise stark untervertreten sind. Entsprechende Übervertretungen müssen deshalb am Fuß und an der Spitze der Bevölkerungspyramide auftreten. Welches sind nun die volkswirtschaftlichen Wirkungen eines derart ungünstigen Altersaufbaus? Unsere Amtsbezirke sind relativ stärker mit Infrastrukturkosten, wie Bildungs- und Ausbildungskosten, Spitälerkosten, Kosten für Altersheime und -fürsorge, belastet. Demgegenüber ziehen andere Landesgegenden, beispielsweise viele Gemeinden der Agglomeration Bern, aus der Übervertretung der erwerbsfähigen Bevölkerungsklassen Nutzen. Einerseits verursachen ihnen diese wenig zusätzliche Infrastrukturaufwendungen, andererseits fällt der Großteil dieser Bevölkerungsschicht in die Steuerpflicht.

Aus der «verzerrten» Bevölkerungspyramide leitet sich zu einem Teil die Erwerbsquote, d. h. der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Wohnbevölkerung ab. Während im bernischen Mittel des Jahres 1960 rund 45 % der Wohnbevölkerung erwerbstätig waren, betrug die Erwerbsquote für das Emmental nur rund 41 %, im Amtsbezirk Signau gar nur 39 %. Der besonders tiefe Anteil der Erwerbstätigen hängt nun nicht zuletzt mit den standortmäßigen Voraussetzungen dieser Gegenden zusammen.

3. Die Infrastruktur

Wenn die Einkommenslage einer Region langfristig verbessert werden soll, müssen gewisse Standortvoraussetzungen erfüllt sein, es sei denn, man erkläre nur gerade die Hebung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zum Ziel regionalpolitischen Bemühens²³. Einleitend wurde darauf hingewiesen,

daß als Voraussetzung eines optimalen Wirtschaftswachstums der Ausbau der Infrastruktur mit der Entwicklung des übrigen Produktionsapparates Hand in Hand gehen muß. Die Infrastruktur stellt zweifellos einen der wichtigsten standort- und wohnortbestimmenden Faktoren dar. Das sei anhand des Verkehrs- und des Bildungswesens erläutert.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung eines gut ausgebauten *Verkehrsnetzes* liegt in Gegenden, wo die Industrie auf einige wenige Kerne konzentriert ist, in der Erhöhung der Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit. Gute Verkehrsverbindungen zwischen dem Arbeitsort und dem Einzugsgebiet des Arbeitsmarktes helfen mit, die Abwanderung aus den Randgebieten zu vermindern. Sie vermögen überdies in Verbindung mit anderen Faktoren, wie Bildungsgelegenheiten, Gesundheitsdienst und Freizeitstätten in erreichbarer Nähe, die sogenannte Wohnortsgunst der Region zu heben, die mit fortschreitender Industrialisierung, mit steigendem Lebensstandard und rückläufiger Arbeitszeit stets wichtiger wird²⁴. Über den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erwachsen damit auch jenen Gemeinden, die über wenig oder gar keine Industrien verfügen, relativ hohe Einkommen natürlicher Personen, die besteuert werden können. Das ist vor allem für einseitige Landwirtschaftsgemeinden ein Erfordernis, denn die Bauern gehören nirgends zu den großen Steuerzahlern. Die Talgebiete des Emmentals erfüllen diese Standort- und Wohnortanforderungen teilweise recht gut. Sie verfügen auf den Hauptverkehrsadern Bern–Luzern und Burgdorf–Langnau über Bahnverbindungen, die dank den Bemühungen der in der Volkswirtschaftskammer Emmental zusammengefaßten Interessenvertreter dem Schul- und Berufspendelverkehr heute konkurrenzfähigere Anmarschwege öffnen. Sie finden überdies in Buslinien ihre aus topographischen Gründen unerlässliche Verlängerung. Obwohl die «initialzündende» Aufschließungswirkung von Straßenverkehrsanlagen nicht eindeutig nachgewiesen werden kann²⁵, dürfte die Standortgunst des engeren Emmentals durch den Nationalstraßenbau (N 1) doch ungünstig beeinflußt worden sein. Der Ausbau der Verbindung Bern–Luzern (T 10) wurde dadurch verzögert. Unzählige Gräben, wie sie etwa strahlenförmig vom Napf ausgehen, erschwerten seit jeher die Verkehrsverhältnisse in der höhergelegenen Region. Es zeigt sich denn auch deutlich, daß in jenen Gemeinden, die von Verkehrsadern durchzogen werden, die wirtschaftliche Entwicklung relativ rasch voranschreitet. In den abgelegenen, verkehrsmäßig wenig erschlossenen und berufspendlerfeindlichen Landstrichen dagegen hinkt das Wirtschaftswachstum klar nach, und es zeigen sich sämtliche Probleme, die mit der Abwanderung der Bevölkerung verbunden sind.

Ähnliche volkswirtschaftliche Wirkungen gehen von den *Bildungsinvestitionen* aus. Auch sie wirken auf den wichtigsten Produktionsfaktor, die Arbeitskraft, ein, indem sie diese qualitativ verbessern. Primar- und Sekundarschulen haben im Emmental – schon topographisch bedingt – eine außerordentliche Streuung erfahren. Berufs- und Fachschulen verbessern die Qualität des heimischen Arbeitskräftepotentials. Ob von diesen Bildungsinvestitionen allerdings der maximal mögliche Beitrag zur Hebung der regionalen Standortgunst ausgeht, hängt nicht nur von ihrer Höhe ab, sondern auch von Intensität und Wirkungsrichtung der übrigen, die Branchenstruktur und damit die Ansiedlungswilligkeit von Betrieben beeinflussenden Standortdeterminanten. Diese Problematik zeigt sich gerade in der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung: Die durch die Agglomerationsferne bedingte Abwanderung der dynamischen, im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerungskreise bewirkt auf der einen Seite einen massiven Steuersubstanzverlust; anderseits erwachsen den Gemeinden durch die entstehende Überjüngung und Überalterung erhöhte Infrastrukturaufwendungen. Diese werden von der öffentlichen Hand, mithin zu einem großen Teil von den Gemeinden gedeckt. Immer mehr öffnet sich deshalb in den Finanzhaushalten der betroffenen Gemeinden die bekannte Schere zwischen den unaufhaltsam steigenden Ausgaben und den – pro Kopf – meist stagnierenden Einnahmen. Für viele Gemeinden bleibt in dieser Situation nur der Ausweg über die Erhöhung der Steueranlage. Überschreitet diese indessen eine gewisse Reizschwelle, lassen sich keine großen Steuerzahler mehr anziehen²⁶, die Finanzsituation verschlechtert sich weiter. Der Teufelskreis der finanzschwachen Regionen hat begonnen. Die Abweichungen der durchschnittlichen Gesamtsteueranlagen vom Kantonsmittel und die Steuerkraftindizes der vier Ämter vermögen ein Bild von der ungünstigen fiskalischen Lage zu geben.

Tabelle 10

*Gesamtsteueranlagen und Steuerkraft
im Emmental 1967*

	Mittlere Gesamtsteueranlage 1967	Steuerkraft pro Kopf * in Fr.	Index
Bernisches Mittel	2,49	203.—	100
Burgdorf	2,66	180.—	89
Konolfingen	2,77	153.—	76
Trachselwald	2,94	121.—	60
Signau	3,33	109.—	54

* Wohnbevölkerung 1967

Wie aus *Tabelle 10* hervorgeht, liegt die mittlere Gesamtsteueranlage in allen emmentalischen Bezirken über dem kantonalen Mittel von 2,49, und zwar um so höher, je tiefer das durchschnittliche Pro-Kopf-Volkseinkommen ausfällt. Anderseits deckt der Index der Steuerkraft, also des Steuerertrages, der bei der Anlage 1,0 aus Einkommens- und Vermögenssteuern, Steuern der Holdinggesellschaften und einigen andern entsteht, besonders für die Ämter Trachselwald und Signau schwerwiegende Steuerschwächen auf. Selbst bei wesentlich erhöhtem Finanzausgleich wäre es diesen agglomerationsfernen Gebieten nicht möglich, durch «Lock-Steuersätze» eine ins Gewicht fallende Verbesserung der Standortvoraussetzungen zu schaffen.

Die summarische Lageanalyse hat bestätigt, daß das Emmental, namentlich soweit es durch ein Gebiet repräsentiert wird, das ungefähr den Bezirken Signau und Trachselwald entspricht, eine Region darstellt, die bisher auf der Schattenseite des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses lag.

IV. Schwerpunkte regionalpolitischer Maßnahmen für das Emmental

Nachdem die wichtigsten Gründe der Einkommensschwäche des Emmentals bekannt sind, stellt sich nun die Frage nach den Möglichkeiten zur Behebung der Strukturschwächen. In diesem Bereich liegen die zentralen Wirtschaftsprobleme des Emmentals. Die Formulierung wirtschaftspolitischer Therapien muß sich allerdings auf zwei Pfeiler stützen können. Einmal bedarf sie der Einbettung in ein Gesamtleitbild. Wenn Maßnahmenvorschläge sich auf kleine Gebietseinheiten beziehen, haben sie wohl den spezifischen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen der Region Rechnung zu tragen. Sie bedürfen aber auch der Koordination mit den Zielvorstellungen, den Leitbildern des Bundes und des Kantons. Diese erste Vorbedingung ist im heutigen Zeitpunkt, wie dargelegt wurde, noch nicht erfüllt. Zum andern sollten sich Therapien und Entscheidungen stets auf einen verlässlichen Prognosehintergrund stützen können, wenn sie den künftig wirksamen Tendenzen der Branchen- und Bevölkerungsentwicklung entsprechend ausgestattet werden sollen. Nun gehören Regionalprognosen zu denjenigen Gebieten der Wirtschaftswissenschaften, die mit den größten Unsicherheitsmomenten behaftet sind²⁷. Die Prognose wichtiger regionaler Bestimmungsfaktoren für einen relativ kleinen Teilraum, wie ihn das Emmental darstellt, wäre deshalb nur in einem aufwendigen Verfahren im Anschluß an gesamtwirtschaftliche Prognosen möglich. Wenn wir uns im folgenden dennoch den Förderungsmaß-

nahmen zuwenden, so kann es sich nur um erste Folgerungen aus der Lagediagnose handeln, die in jedem möglichen Leitbild unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Konstanten enthalten sein müßten. Sie sind bedingt durch die künftig wirkenden überregionalen Kräfte, wie sie auch ohne exakte Prognosen für die Zukunft angenommen werden können. So müßte man konzenterweise eine Entwicklungspolitik fordern, die auf eine Verminderung des landwirtschaftlichen Sektors und auf eine vermehrte Industrialisierung abzielt. Solchen Bestrebungen sind allerdings gerade im Emmental enge Schranken gesetzt. Wie eine Studie des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH gezeigt hat, sind die topographischen Voraussetzungen für die Ansiedlung industrieller Betriebe im engeren Emmental großenteils ungünstig²⁸. Die beachtliche Industrialisierung im Raum Sumiswald stellt höchstens jene Ausnahme dar, die die Regel bestätigt.

Zur Verbesserung der Einkommenslage und zur Verhinderung einer weiteren Abwanderung kann deshalb nur eine Politik in Frage kommen, die auf die Optimierung der Verhältnisse innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren ausgerichtet ist. Aus dieser Erkenntnis heraus ergeben sich etwa folgende wachstumspolitische Leitsätze:

1. In der Landwirtschaft haben die Strukturwandlungen der Nachfrage für die Produktionsseite zur Folge, daß Hackfrucht- und Getreidebau zurückgehen und die Milchviehhaltung stagnieren werden. Dagegen werden die Weidewirtschaft, die Veredlungswirtschaft (Geflügel, Schweine) und der intensive Gartenbau an Bedeutung gewinnen²⁹. Mit Maßnahmen der direkten Preis- und Absatzsicherung ist es nicht möglich, die landwirtschaftliche Produktionsstruktur diesen Nachfragewandlungen anzupassen. Die Landwirtschaftspolitik des Bundes hat denn auch insofern gute Wege beschritten, als sie sich bemüht, eine Verbesserung der bäuerlichen Einkommen mit Hilfe von Grundlagen- und Strukturverbesserungen herbeizuführen. Es sei nur an Maßnahmen wie Investitionskredite, Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, an das landwirtschaftliche Beratungs-, Versuchs- und Forschungswesen erinnert. Diesen Maßnahmen schließt sich der Kanton etwa durch die Förderung von Meliorationen, Güterzusammensetzungen, Straßenbau und Wasserversorgungen sowie bei der Förderung der Tierzucht an. Zur Umstrukturierung der Landwirtschaft muß jedoch ein weiteres getan werden. Nach Meinung von Experten sollten die Vergrößerung der Betriebe und das Ausscheiden überschüssiger Arbeitskräfte aus Betrieben, die im Grunde existenzunfähig sind, angestrebt werden. Das zweite Ziel könnte durch Ausrichten von Umschulungsbeiträgen

erreicht werden, die an den Verzicht auf Bewirtschaftung gebunden wären³⁰. Der einer emmentalischen Initiative entsprungene Vorschlag, eine Übergangszone im landwirtschaftlichen Produktionskataster einzuführen, zielt zweifellos auch auf eine Grundlagenverbesserung für Hügellandbetriebe ab. Trotz Parallelen mit den regionalpolitischen Vorstellungen des 4. Landwirtschaftsberichtes³¹ schließt der Vorstoß indessen auch die Erhaltung solcher Kleinbetriebe ein³², deren Existenzgrundlagen zumindest umstritten sind. Die in der Eingabe anvisierte, durchaus richtige Kombination Landwirtschaft/Fremdenverkehr darf nicht zum Anlaß genommen werden, eine Entwicklung zu verzögern, die sich auf Grund gesamtwirtschaftlicher Kräfte letztlich durch nichts aufhalten läßt.

2. Da auch in Zukunft ein gewisser Teil der heute in der Landwirtschaft Beschäftigten, insbesondere ein Teil der bäuerlichen Nachkommenschaft, in andere Sektoren abwandern wird, können im ganzen Emmental noch Arbeitskräfte freigesetzt werden. Das Ziel der Industrialisierungspolitik muß nun darin bestehen, eine Abwanderung dieses Potentials aus der Region zu verhindern. Gemeinden mit topographisch günstigen Voraussetzungen sollten deshalb der Ansiedlung neuer Industrien, vor allem ansiedlungswilliger arbeitsintensiver Branchen der Apparate- und Metallindustrie, aufgeschlossen gegenüberstehen³³. Für allfällige Interessenten wären die Abgabe von Gratis-Bauland und anfängliche Steuervergünstigungen geeignet, die Standortwahl zu beeinflussen. Sie wirken auf die Beschaffungsmöglichkeiten und -kosten des Produktionsfaktors Kapital ein.
3. Im Dienstleistungssektor erfahren die Nachfrageveränderungen³⁴ und die Standortvoraussetzungen des Emmentals zurzeit die für Umfang und Richtung einer Fremdenverkehrsförderung notwendigen Abklärungen. Tatsächlich fehlt im ganzen Landesteil ein dem Familien- und Erholungstourismus dienendes Angebot³⁵. Die Möglichkeiten zur Naherholung³⁶ werden eine zusehends bedeutungsvollere Determinante der Wohnortwahl. Ihre Verbesserung wäre zweifellos geeignet, die Standortgunst des Emmentals zu heben. Entgegen bisheriger Ansicht scheinen aber der Kombination Landwirtschaft/Fremdenverkehr noch zahlreiche einerseits psychologische, anderseits angebotsseitige Hemmnisse entgegenzustehen. Der voraussichtlich langsame Rückgang der Agrarquote erfordert nicht zuletzt aus sozialpolitischen Gründen die Schaffung von Zusatzeinkommen³⁷. Erste Untersuchungen über die Möglichkeiten zur Förderung von «Ferien im Bauernhaus» ergaben nicht jene Befunde, die eine gezielte Aktion rechtfertigen würden. Auch vom Ausbau leerstehenden Wohnraumes, vor allem von

Bauernstöckli, wird einer Studie zufolge kein Aufschließungseffekt zu erwarten sein. Indessen gilt auch hier, daß «dynamische Unternehmer» durchaus Ausnahmen von der allgemeinen Entwicklungsrichtung herbeiführen können.

4. Wenn die Abwanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung verhindert und der ortsansässigen oder noch zuziehenden Industrie die benötigten Arbeitskräfte zugeführt werden sollen, ohne daß diese in Versuchung kommen, den Wohnort zu wechseln, so ist der Ausbau der Infrastruktur im Interesse der Standortverbesserung unverzüglich an die Hand zu nehmen. Aus einem breiten Spektrum von diesbezüglichen Maßnahmen erfordert das vor allem eine Sanierung der Straßenverkehrsverhältnisse und die Anpassung der Verkehrswege an moderne Bedürfnisse, wie sie etwa das Verkehrskonzept Emmental postuliert³⁸. Verkehrsanierung bedeutet aber auch verkehrsmäßige Erschließung von bisher abgelegenen Gebieten. Sie kommt somit einer leichteren Mobilisierung von Arbeitskräften gleich, verbessert also für ansiedlungswillige Betriebe der standortabhängigen Branchen die Attraktivität des Ortes³⁹.

Weiter ist auch dafür zu sorgen, daß der regionale Bildungsapparat einen Ausbau erfährt, damit der Landwirtschaft, vor allem aber auch den andern Wirtschaftszweigen, ein qualitativ hochstehendes Arbeitskräfteangebot gegenübersteht und das Postulat der Gleichheit der Bildungschancen verwirklicht werden kann.

5. Eine Politik, die auf die Beseitigung aller infrastrukturellen Engpässe und auf die Hebung der Wohnortqualität (z. B. auch durch den Bau von Freizeitanlagen, wie etwa Hallenbädern usw.) abzielt, stößt auch in den Gemeinden und Amtsbezirken des Emmentals immer wieder auf einen neuen Engpaß, nämlich auf die angespannten Finanzhaushalte der Gemeinden und des Kantons. Steuererhöhungen vermögen die Finanzsituation höchstens kurzfristig zu verbessern. Längerfristig bewirken sie meist einen Schwund an Steuersubstanz. Aus diesem Grund sollten die wachstumswilligen Gemeinden in Randgebieten die Hände nicht an die «Steuerschraube» anlegen müssen.

6. Sollen die Regionen auf der Schattenseite des Wirtschaftswachstums die dringenden Infrastrukturaufgaben dennoch bewältigen können, ist eine wachstumspolitisch orientierte Subventionspolitik des Kantons und eine Verstärkung des Finanzausgleiches unumgänglich: Den reichen Agglomerationsgemeinden mit niedrigen Steueranlagen sollten inskünftig bei der Finanzierung ihrer Infrastrukturkosten keine oder nur ganz unbedeutende Staats-

beiträge gewährt werden. Die so freigelegten Mittel könnten im Rahmen eines verstärkten Finanzausgleichs den zu bezeichnenden «Ausbauorten» und damit indirekt den steuerschwachen Gemeinden zugeschwemmt werden. So könnten den «armen» Regionen am ehesten Steuererhöhungen erspart werden. Die reichen Gemeinden wären zu Steuererhöhungen gezwungen, womit sich ihre Standortattraktivität in einem wesentlichen Bereich nicht weiter erhöhen würde⁴⁰.

Die vorgenommene Einkommensanalyse, die Erklärung der unterdurchschnittlichen Einkommenslage und die wenig spektakulären Therapievorschläge lassen die wirtschaftliche Zukunft des Emmentals nicht im besten Licht erscheinen. Von den Standortvoraussetzungen her wird das engere Emmental zweifellos nie zu den Spitzenreitern der kantonalen Volkswirtschaft gehören können. Von um so größerer Bedeutung ist für diese Region, daß die Bestrebungen zur Förderung der bernischen Wirtschaft den Leitbildideen der dezentralisierten Konzentration Rechnung tragen. Beim Bund wie auch bei den Kantonen setzt sich nämlich allmählich die Ansicht durch, daß der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß interregional harmonisch verlaufen muß, wenn vergleichbare Lebensverhältnisse bestehen sollen. – Im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht der Mensch, und nach ihm hat sich auch die Wachstumspolitik zu richten. Das darf indessen nicht aus einem falsch verstandenen Gerechtigkeitsgefühl heraus dazu verführen, allen Gemeinden der Randregion in gleicher Weise Förderung angedeihen zu lassen. Die größten Entwicklungsimpulse werden für die vier Ämter dann zu erwarten sein, wenn in der Infrastruktur- und Beitragspolitik von der «Salamitaktik» zu einer «Politik der dicken Wurstscheiben» übergegangen wird⁴¹. Mit andern Worten: Eine kräftige Hebung der Standortgunst einiger Regionalzentren wird wegen der verstärkten Mobilität der Arbeitskräfte günstige Auswirkungen auf das ganze Hinterland zeitigen. – Die großen Entscheidungen werden in der Regionalpolitik zwar auf Bundes- und Kantonsebene fallen. Die politische Willensbildung im System der direkten Demokratie erfordert aber dennoch ein Umdenken auch auf der Ebene allenfalls nicht direkt begünstigter Gruppen und Gemeinden. So kann, um nur ein Beispiel herauszugreifen, eine allfällige Industrialisierungspolitik angesichts der Bodenknappheit der meisten Gemeinden und infolge der fortschreitenden Zonierung des Bodens nicht mehr gemeindeweise erfolgen⁴². Die Bemühungen könnten sonst bereits an den zufällig gezogenen Gemeindegrenzen ein Ende finden. Die Zusammenarbeit im größeren Verband, nicht zuletzt in Regionalplanungsgruppen, und die Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit wird eine wichtige Entfaltungsrichtung der regiona-

len und kommunalen wirtschaftlichen Selbsthilfe sein müssen. Die ungünstige Einkommenslage vor allem im oberen Emmental muß nicht unabänderliches Schicksal bleiben, wenn die statutarische Zielsetzung der Volkswirtschaftskammer Emmental – Förderung der Wirtschaft und Verbesserung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Lage seiner Bevölkerung – in erster Linie als Auftrag zur Selbstbehauptung verstanden wird.

Anmerkungen und Quellen

- ¹ Hansmeyer, K.-H., Ziele und Träger regionaler Wirtschaftspolitik, in: Beiträge zur Regionalpolitik (hrsg. von H. K. Schneider), Berlin 1968, S. 44.
- ² Kommission der 24, Bericht zur Jurafrage 1968, S. 176 f.
- ³ Hansmeyer, K.-H., a. a. O., S. 42.
- ⁴ In der Regel sind aber damit Wachstumsverluste verbunden. Es ist unmöglich, sich ohne Gefährdung des zukünftigen Wachstums gegen strukturelle Umwälzungen zu stemmen. Sie gehören zu den Begleiterscheinungen auch des regionalen Wachstumsprozesses.
- ⁵ Die Arbeiten für ein nationales Besiedlungskonzept sind nach Annahme der Verfassungsvorlage über Bodenrecht und Landesplanung aufgenommen worden.
- ⁶ Es handelt sich um die Vorlage zur bernischen Wirtschaftsförderung im Anschluß an die Vorschläge im Gutachten Stocker/Risch. Vgl. Stocker, P./Risch, P., Einkommenslage und Wirtschaftsstruktur des Kantons Bern (Berner Beiträge zur Nationalökonomie, hrsg. von H. G. Bieri u. a., Bd. 7), Bern 1968.
- ⁷ Die einschlägigen Statistiken sind zurzeit noch durchwegs nach Amtsbezirken aufgebaut.
- ⁸ Die vom Kantonalen Planungsamt vorgeschlagenen Regionen sind vorerst nur als Diskussionsbeitrag gedacht. Ihm zufolge würde das Emmental in vier Planungsregionen aufgehen. Vgl. Planungsatlas des Kantons Bern, Bern 1969.
- ⁹ Eine wirtschaftlich einheitliche Region Emmental besteht u. E. nicht. Auch die geographische und politische Abgrenzung ist nicht einheitlich. Vgl. Peter, A., Lob des Emmetts, in: NZZ Nr. 2806 vom 12. 9. 1958; Sommer, H., Volk und Dichtung des Emmetts, Bern 1969, S. 11 f.
- ¹⁰ Das Volkseinkommen entspricht der Summe aller im Zuge des Wirtschaftsprozesses in einer Periode erhaltenen Einkommen, also aller Entgelte an die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital (einschließlich Grund und Boden) und Unternehmerleistung. Üblicherweise wird das Volkseinkommen (je Einwohner gerechnet) als Maß des durchschnittlichen Wohlstandes gewählt. Vgl. Fischer, G., Grundlagen, Methoden und Ergebnisse von Schätzungen regionaler Volkseinkommen in der Schweiz, Vervielf. Manuskript, S. 3.
- ¹¹ Gerfin, H., Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: Kyklos, Vol. XVII (1964), S. 570.
- ¹² Vgl. Nydegger, A., Der Beitrag der Nationalökonomie zur Regionalplanung, in: Plan, 22. Jg. (1965), S. 204.
- ¹³ Die heutige Betriebsgrößenstruktur ist eine Folge der dem Hügelland besonders angemessenen Einzelhofbesiedelung. Die Emmentaler Landwirtschaft der vorindu-

striellen Zeit konnte auch insofern als fortschrittlich gelten, als sie sich früher von der Dreifelderwirtschaft abwandte als jene des Flachlandes. Vgl. Häusler, F., Bern und das Emmental bis 1798, in: Das Emmental, Land und Leute (hrsg. vom Emmentalschen Verkehrsverband), Langnau 1954, S. 68 ff.

- ¹⁴ Die optimale Betriebsgröße dürfte im Berggebiet sogar höher liegen als im Talgebiet. Wegen der geringeren Ertragskraft des Bodens werden in der Regel erst Betriebe mit 30 bis 40 ha Bodenfläche, eine zweckmäßige Betriebsorganisation vorausgesetzt, als alleinige Existenzbasis ausreichende Einkommensverhältnisse schaffen. Derart utopische Aufstockungen müssen aber bei gleichbleibender Arbeitskräftezahl zur Entvölkerung führen, falls nicht außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten erschlossen werden können.
- ¹⁵ Auch die günstigeren Parzellierungsverhältnisse im Hügelland sind auf die stärkere Verbreitung von Einzelhofsiedlungen zurückzuführen. Vgl. Häusler, F., Das Emmental im Staate Bern bis 1798, Bd. 2, Bern 1968, S. 20 ff.
- ¹⁶ Vgl. Häusler, F., Bern und das Emmental ..., a. a. O., S. 70 f.; Ramseyer, R., Das altbernerische Küherwesen, Diss. Bern 1961, S. 27.
- ¹⁷ Vgl. Prétat, Ch., Wachstum und Struktur der solothurnischen Volkswirtschaft (Berner Beiträge zur Nationalökonomie, hrsg. von H. G. Bieri u. a., Bd. 10), Bern 1970, S. 124.
- ¹⁸ Je kleiner der untersuchte Teilraum, um so schwieriger wird es, Einkommensschwächen aus der Branchenstruktur abzuleiten. Es ist nicht gesagt, daß einer Wachstumsbranche angehörende Betriebe auch in jedem Einzelfall «gute» Betriebe sind. Bei derart kleinen Grundgesamtheiten verwischen sich allfällige überdurchschnittliche und schlechte Unternehmerleistungen oft nicht mehr. Umgekehrt können Betriebe, die als lohn- und rentabilitätsschwach gelten, unter diesen Umständen durchaus zu den besonders dynamischen in der Region zählen. Die sog. Standortfaktoren, aber auch besondere Unternehmerqualitäten, werden dann für die Erklärung von Entwicklungsunterschieden um so wichtiger. Vgl. Nydegger, A., Kernfragen der wirtschaftlichen Strukturforschung und Strukturpolitik in der Schweiz, in: Außenwirtschaft, 23. Jg. (1968), S. 147.
Zur Beurteilung des Wirtschaftspotentials wären die Veränderungen in der Produktionsstruktur genauer zu untersuchen, die Zeitpunktanalyse also durch eine Zeitraumbetrachtung zu ergänzen. Das ursprüngliche Anliegen – Erklärung der unterschiedlichen Einkommensverhältnisse – einerseits, Raumgründe andererseits zwingen jedoch zur Beschränkung.
- ¹⁹ Nach eigenen Berechnungen auf Grund unveröffentlichter Zahlen der Eidg. Fremdenverkehrsstatistik sowie von Bucher, L., Die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Kanton Bern von 1949 bis 1967 in der Sicht der Statistik, Sonderhefte des Statistischen Bureaus des Kantons Bern, Nr. 15, Bern 1968 (Text- und Tabellenband).
- ²⁰ Vgl. Bächtold, R., Bevölkerungswanderungen im Kanton Bern, Beiträge zur Statistik des Kantons Bern, Bevölkerungsstatistik (Reihe A), Heft 1, Bern 1969, S. 2.
- ²¹ Vgl. Gerfin, H., a. a. O., S. 572. Das Abwanderungsvolumen wird durch die erheblich über dem Durchschnitt liegende Fruchtbarkeit der Agrarbevölkerung aufgebläht: Je höher der primäre Sektor, um so höher ist auch der Abwanderungssaldo. Vgl. Bächtold, R., a. a. O., S. 4 f.
- ²² Zur qualitativen Zusammensetzung der Wanderungsvolumina von Eggwil und Rüderswil vgl. Brinkmann, H., Wanderungsbewegungen in ausgewählten Gemeinden

- den des Kantons Bern, Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Kantons Bern, Neue Folge, Nr. 55, Bern 1968.
- ²³ Eine Einkommensangleichung könnte nämlich auch durch eine «passive Sanierung» d. h. durch die Förderung der Abwanderung von Arbeitskräften aus der Region in die unter Arbeitskräftemangel leidenden Agglomerationen, erreicht werden. Vgl. *Hansmeyer, K.-H.*, a. a. O., S. 41.
- ²⁴ Vgl. *Schröder, D.*, Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum (Prognos Studien 3), Stuttgart 1968, S. 195. Zur relativen Verkehrserreichung der einzelnen Punkte der Planungsregion Burgdorf in bezug auf die wichtigsten Pendlerzentren vgl. nun auch *Grosjean, G.* und Mitarbeiter, Planungsverband Region Burgdorf, Planungsunterlagen, Bern 1969.
- ²⁵ Vgl. *Schröder, D.*, a. a. O., S. 197.
- ²⁶ Steuerbelastungsdifferenzen in Form von Steuerdiskriminierungen wirken als negative Standort- und Wohnortfaktoren. Sie vermögen die Standortwahl von Betrieben mit überregionalem Absatzradius zu beeinflussen. Noch stärker scheinen sie die Wohnortwahl natürlicher Personen mitzubestimmen, wenn die Steueranlagen zwischen benachbarten Gemeinden ins Gewicht fallen (vgl. etwa Stettlen und Muri).
- ²⁷ Geringfügige Änderungen einzelner Komponenten, die im Gesamtraum kaum Einfluß auf die Gesamtgrößen hätten, erhöhen bei kleinen Räumen die Fehlerwahrscheinlichkeit. Vgl. *Müller, J.-H.*, Neuere Methoden der Regionalanalyse, in: Beiträge zur Regionalpolitik, a. a. O., S. 89.
- ²⁸ *Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH*, Industriestandorte, Untersuchung zur räumlichen Ordnung der Industrie in der Schweiz, Zürich 1967.
- ²⁹ Vgl. *Abteilung für Landwirtschaft*, Die langfristige Struktur- und Einkommensentwicklung der schweizerischen Landwirtschaft, Kurzbericht über eine Untersuchung von Prof. Dr. W. Bickel, Bern 1969 (hektographiert), S. 14; *Schröder, D.*, a. a. O., S. 131.
- ³⁰ Vgl. *Abteilung für Landwirtschaft*, a. a. O., S. 39.
- ³¹ Vgl. Vierter Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Lage der schweizerischen Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Bundes (vom 26. Februar 1969), S. 125 ff.
- ³² Vgl. Eingabe der Volkswirtschaftskammer Emmental, Kommission für die Landwirtschaft, und des Ausschusses der bernischen Hügellandgemeinden an den Bernischen Bauernverband zuhanden des Schweizerischen Bauernverbandes (vom 13. August 1968).
- ³³ Die beiden Branchen sind relativ standortunabhängig, weisen aber eine hohe Arbeitsmarktempfindlichkeit auf. Vgl. *Schröder, D.*, a. a. O., S. 76.
- ³⁴ Es sei nur an den Bedeutungsverlust des im Emmental einst verbreiteten Bäder-tourismus erinnert. Vgl. *Lüthi A.*, Die touristische Bedeutung der Emmentaler Bäder im 19. und 20. Jahrhundert, in: Burgdorfer Jahrbuch 1955, S. 69 ff.
- ³⁵ Vgl. *Stocker, P./Risch, P.*, a. a. O., S. 155 und 180.
- ³⁶ *Schröder, D.*, a. a. O., S. 122.
- ³⁷ Das gilt vor allem für das Berggebiet. Vgl. *Abteilung für Landwirtschaft*, a. a. O., S. 22.
- ³⁸ Vgl. *Meyer-Usteri, K.*, Verkehrskonzeption im Emmental, Burgdorf 1969 (hektographiert).

- ³⁹ Die Resultate einer Umfrage nach den für die Standortwahl wichtigen Faktoren, wie sie für die Region Burgdorf nun vorliegen, bestätigen die Bedeutung des «günstigen Arbeitsmarktes» für die Standortentscheide der Industrie. Vgl. *Grosjean, G., und Mitarbeiter, a. a. O.*, Kap. Entwicklungstendenzen der Industrie und bevorzugte Standortfaktoren.
- ⁴⁰ Diese Überlegungen zeigen deutlich, daß Leitbilderstellung und regional wirksame Maßnahmen zum größten Teil Bundes- und Kantonsaufgaben sind. Vgl. *Nydegger, A.*, Regionale Strukturpolitik – Illusionen und Möglichkeiten, in: Mitteilungsblatt des Delegierten für Konjunkturfragen, 24. Jg. (1968), S. 58.
- ⁴¹ *Nydegger A.*, Regionale Strukturpolitik ..., a. a. O., S. 57.
- ⁴² Vgl. *Zopfi, F.*, Die Volkswirtschaftskammer Emmental, Langnau 1968, S. 8.

Quellen der Tabellen

- Tabelle 1 *Fischer, G.*, Berechnung und Vorausschätzung regionaler Volkseinkommenszahlen in der Schweiz 1950–1980 (Struktur- und regionalwirtschaftliche Studien, hrsg. vom Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen, Bd. 3), St. Gallen 1969; *Statistisches Bureau des Kantons Bern*, Die Wohnbevölkerung des Kantons Bern Ende 1968, Beiträge zur Statistik des Kantons Bern, Bevölkerungsstatistik (Reihe A), Heft 2.
- Tabelle 2 *Eidg. Volkszählung 1960*, Bd. 7, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 364, S. 82 ff.
- Tabelle 3 Eigene Berechnungen nach Tabelle 1; *Eidg. Betriebszählung 1965*, Betriebe, Hauptergebnisse nach Gemeinden, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 412, S. 25 ff.
- Tabelle 4 *Eidg. Betriebszählung 1965*, Landwirtschaft, Bd. 1 – 3. Teil, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 404, S. 26 ff.
- Tabelle 5 *Eidg. Betriebszählung 1965*, Landwirtschaft, Bd. 1 – 3. Teil, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 404, S. 26 ff.
- Tabelle 6 *Eidg. Betriebszählung 1965*, Landwirtschaft, Bd. 1 – 3. Teil, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 404, S. 26 ff.
- Tabelle 7 *Eidg. Betriebszählung 1965*, Industrie und Gewerbe, unveröffentlichte Maschinentabellen.
- Tabelle 8 *Statistisches Bureau des Kantons Bern*, Lebendgeborene und Gestorbene 1960–1970 (unveröffentlicht); *Statistisches Bureau des Kantons Bern*, Die Wohnbevölkerung des Kantons Bern Ende 1968, Beiträge zur Statistik des Kantons Bern, Bevölkerungsstatistik (Reihe A), Heft 2.
- Tabelle 9 *Eidg. Volkszählung 1960*, Bd. 7, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 364, S. 82 ff.
- Tabelle 10 *Statistisches Bureau des Kantons Bern*, Die Steuerelemente der bernischen Gemeinden 1967, Beiträge zur Statistik des Kantons Bern, Finanzstatistik (Reihe B), Heft 1.